

Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Integrationsleitlinien im Landkreis Darmstadt- Dieburg

**Erarbeitet von den Mitgliedern der Netzwerkarbeitsgruppen
koordiniert von Sabine Hahn, Interkulturelles Büro**

Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Integrationsleitlinien im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg hat am 12.11.2007 folgende Integrationsleitlinien einstimmig beschlossen:

1. Mit dem Erwerb der deutschen Sprache soll eine Grundlage geschaffen werden, um am gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben.
2. Durch Chancengleichheit bei Schule, Bildung und Ausbildung soll eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Integration geschaffen werden.
3. Durch Teilhabe am Arbeitsmarkt soll berufliche Integration geschaffen werden.
4. Durch gesellschaftliches Engagement und kulturelle Vielfalt soll Integration erleichtert werden.
5. Interkulturelle Kompetenz von Menschen in allen Lebensbereichen soll Integration fördern.

Nach der ersten Integrationskonferenz im Februar 2008 bei der die Integrationsleitlinien des Landkreises Darmstadt-Dieburg vorgestellt wurden, hatten sich fünf Netzwerkarbeitsgruppen gebildet, die sich mit folgenden Themenfeldern auseinandersetzen:

AG 1: Sprache und Bildung „Kindergarten und Schule“

AG 2: Ausbildung und Beruf

AG 3: Wohnen und Zusammenleben

AG 4: Interkulturelle Öffnung von Institutionen

AG 5: Sprache und Bildung „Außerschulische und Erwachsenenbildung“

Die Themenfelder ergaben sich aus den fünf Integrationsleitlinien. Das Ziel der Arbeit der Arbeitsgruppen war es, die bestehende Situation der im Landkreis Darmstadt-Dieburg lebenden Migrantinnen und Migranten genauer zu beleuchten und dann zu überlegen, welche Schritte zu gehen sind, damit die Leitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten umgesetzt werden können.

Bei der zweiten Integrationskonferenz am 2.2.2009 präsentierten die Arbeitsgruppen ihre Arbeitsergebnisse. Die Teilnehmer vereinbarten ein weiteres Jahr gemeinsam in den verschiedenen Themenfeldern zu arbeiten mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen für die Politik zu formulieren.

Im Rahmen der 2. Integrationskonferenz wurden die Arbeitsgemeinschaften 1 und 5 zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Titel: AG 1: Sprache und Bildung zusammengefasst.

Nunmehr liegen die von den Arbeitsgruppen erarbeiteten Handlungsempfehlungen vor. Sie wurden in den AG's erarbeitet und bilden die Interessen aller Beteiligten ab.

An der Erstellung der Handlungsempfehlungen haben Mitglieder der Arbeitsgruppen mitgewirkt (siehe Anlage).

Die Mitglieder der Netzwerk AG 1 empfehlen zum Erreichen der Leitlinien folgendes:

Sprachzugang/Sprachkurse für Erwachsene/Familienzentren

Nach den Erfahrungen aus der täglichen Praxis ist es notwendig, ein differenziertes Angebot für alle Niveaus (Bildungsniveau, Sprachniveau) zu schaffen. Dies ist in unserem Flächenlandkreis derzeit leider noch nicht erreicht. Besonders niederschwellige Angebote in räumlicher Nähe zu Schule und Kindertagesstätte wären wichtig, um insbesondere Frauen zu erreichen, die in der Praxis in den Familien die Aufgabe „Integration“ übernehmen. Dies zu erreichen wäre möglich, wenn Kindertagesstätten zu Familienzentren ausgebaut werden und Elternbildungsangebote, Eltern-/Mütter-Kindgruppen, Schwangerenberatung etc. anbieten. Denn hier werden Migranten und Migrantinnen erreicht. Die viel beschworene Niederschwelligkeit ist hier gegeben.

Die Mitglieder der AG 1 empfehlen deshalb den Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren.

Aber nicht nur Kindertagesstätten sind ein möglicher Ort für Bildungsangebote für Migranten/-innen auch Schulen könnten ein Ort sein, an dem Elternbildungsangebote initiiert werden. So könnten Kontakte zwischen Eltern und Schule hergestellt und vertieft werden.

Die Netzwerk AG empfiehlt eine Vernetzung und Koordination zwischen Kindertagesstätten, örtlichen Schulen und freien Bildungsträgern jeweils vor Ort in den Kommunen.

Vernetzung der Sprachförderprogramme in Kita und Grundschule

Der wichtige Bereich der Förderung des Zweitspracherwerbs in der vorschulischen Bildung und Grundschule ist in den letzten Jahren intensiv verbessert worden. Eine verbindliche Vorgabe der Qualitätsstandards fehlt jedoch. So bleibt es sowohl den Kindertageseinrichtungen als auch den Grundschulen überlassen, wie die Sprachförderung erfolgt. Eine punktuelle Förderung, die nicht in der gesamten Einrichtung verankert ist, liefert keine optimalen Ergebnisse.

Deshalb empfehlen die Mitglieder Netzwerk AG 1 die verbindliche Einführung eines gemeinsamen Sprachförderkonzepts für Kitas und Grundschulen. Um dies erfolgreich umzusetzen empfehlen wir eine verbindlich Kooperation zwischen örtlichen Grundschulen und Kitas nach dem Vorbild des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans (BEP).

Deshalb sehen wir die enge Zusammenarbeit zwischen Kindergartenfachberatung des Landkreises Darmstadt-Dieburg , der Abteilung für Schulentwicklung und dem Staatlichen Schulamt als wichtige Voraussetzung zur Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes an. Hierbei ist auch darauf zu achten, dass langfristig alle Beteiligten in den Bildungseinrichtungen entsprechend weiterqualifiziert werden.

Auch die Erhöhung des Anteils von Erziehern/-innen mit Migrationshintergrund ist zu empfehlen.

Sprachförderung für Schulkinder

Zur Sprachförderung von Deutsch als Zweitsprache sind zusätzliche Angebote außerhalb des Regelunterrichts notwendig.

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg werden derzeit über die Kreisvolkshochschule Angebote zur Hausaufgabenbetreuung für Kinder mit Migrationshintergrund im Bereich der Grundschulen gemacht, die gut angenommen werden.

Die Netzwerk AG empfiehlt dieses Angebot auszubauen und ein vergleichbares Angebot in den weiterführenden Schulen zu machen, damit Kinder, die von zu Hause wenig Unterstützung erhalten, bessere Bildungschancen erhalten.

Neben diesen Angeboten können Kinder und Jugendliche auch in ihrer Freizeit ihre Deutschkenntnisse trainieren und ausbauen.

Spezielle Angebote in den Ferien sollten besonders in Orten mit hohem Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund angeboten werden.

Diese Angebote sollten in Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit und der örtlichen Jugendförderung erarbeitet werden. Fortbildungsangebote im Bereich der interkulturellen Bildung für die örtliche Jugendpflege könnten ein guter Anfang sein. Dieses Angebot sollte vom Landkreis Darmstadt-Dieburg erarbeitet und vorgehalten werden.

Auf der Angebotsebene in den Kommunen sind Zirkus-, Kino- oder Theaterprojekte für Kinder und Jugendliche denkbar.

Die Netzwerk AG 1 empfiehlt Mittel für Projektarbeit in den Schulen zur Verfügung zu stellen.

Projekte, die die Chancen aller Kinder im Bildungssystem erhöhen, sollten gefördert werden. Dazu könnte die Einstellung von zusätzlichem Personal aus anderen Professionen (z.B. Integrationslotsen, Ökotrophologen) für die Schulen ein Gewinn sein.

Schulsozialarbeit

Gerade den Bereich der Schulsozialarbeit hat der Landkreis Darmstadt-Dieburg intensiv vorangetrieben. So wurden im letzten Jahr viele Stellen ausgeschrieben und besetzt. In einigen Schulen des Landkreises ist der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund deutlich höher als an anderen (z. B. Babenhausen, Pfungstadt). An diesen Standorten wäre eine Besetzung der Stellen mit Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund sicherlich eine gute Möglichkeit gewesen, um Zugangsbarrieren abzubauen.

Die Netzwerk AG 1 empfiehlt ein besonderes Augenmerk auf die interkulturelle Öffnung der Schulsozialarbeit zu richten. Dies beinhaltet gegebenenfalls entsprechende Fortbildungen anzubieten und bei künftigen Stellenbesetzungen schon bei der Ausschreibung auf interkulturelle Kompetenzen zu achten und Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund zur Bewerbung zu ermuntern.

Herkunftssprachliche Angebote

Ein häufig in der 2. und 3. Generation beobachtete „doppelte Zweisprachigkeit“ macht deutlich, wie wichtig für den Zweitsprachenerwerb die solide Beherrschung der Muttersprache ist.

Auch wenn die Förderung der deutschen Sprache ein vorrangiges Ziel ist, sollte die Förderung und Wertschätzung der unterschiedlichen Herkunftssprachen von Migranten und Migrantinnen nicht vernachlässigt werden. Es ist erwiesen, dass nur fundierte Kenntnisse der Muttersprache einen Zweitsprachenerwerb ermöglichen, wie wir uns dies alle wünschen.

Nachdem für den herkunftssprachlichen Unterricht an Schulen in Hessen sowohl Konsularkräfte zuständig sind, als auch Lehrer und Lehrerinnen, die vom Land Hessen eingestellt wurden, die aber nicht mehr ersetzt werden, wenn ihre Stelle auslaufen, sollte über andere Formen der Förderung nachgedacht werden. So könnten beispielsweise Theater-AGs in einer anderen Sprache als Deutsch (und Englisch) angeleitet von muttersprachlichen Kräften initiiert werden. Eine weitere Möglichkeit wäre Filmvorführungen in nicht synchronisierter Fassung. Sicherlich sind noch viele andere Formen denkbar.

Die Netzwerk AG 1 empfiehlt eine systematische Förderung von herkunfts-sprachlichen Angeboten in den örtlichen Schulen.

Elternbildung und Sprachvermittlung

Für die Bildungsbiographien von Kindern ist gerade in der Bundesrepublik die Unterstützung durch die Eltern sehr wichtig. Damit die Eltern diese Aufgabe übernehmen können, ist es notwendig die Ressourcen der Eltern zu erweitern. Dies kann durch die Durchführung von Elternbildungsprogrammen erreicht werden.

Deshalb empfehlen wir die Einführung eines Elternbildungsprogramms, dass Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärkt (z.B. „Rucksack, FuN, Hippy.) Hier handelt es sich um Ansätze, die mit qualifizierten Elternlotsen arbeiten, die Eltern- bzw. Mütter-Kind-Gruppen anleiten. (Diese Konzepte sind für den Kleinkindbereich und den Grundschulbereich anwendbar).

Solange es Eltern gibt, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, wird es in pädagogischen Gesprächen mit Erziehern/-innen und/oder Lehrern/-innen nötig sein, Sprachvermittler/-innen hinzu zu ziehen. Dies müssen keine vereidigten Dolmetscher sein, aber Menschen, die über entsprechende Sprachkenntnisse und pädagogische Grundkenntnisse verfügen. Hierzu empfiehlt die Netzwerk AG die Nutzung des Sprachvermittlerpools des Migrationsdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, Darmstadt. Hier können Fachdienste innerhalb von wenigen Tagen eine Sprachvermittlung aus einem Pool von 40 Personen mit 18 verschiedenen Sprachen abrufen. Diese Dienstleistung wird derzeit von der Stadt Darmstadt finanziert und ist für die Fachdienste kostenlos.

Die Mitglieder der Netzwerk AG 1 empfehlen, dass der Landkreis Darmstadt- Dieburg sich finanziell an diesem Angebot des Deutschen Roten Kreuzes beteiligt, damit Fachdienste im Landkreis Darmstadt-Dieburg auch auf diese Dienstleistung zurückgreifen können . Hierzu sollten Verhandlungen mit dem DRK aufgenommen werden.

Neben den genannten Empfehlungen, weisen die Mitglieder der Netzwerk AG 1 explizit darauf hin, wie wichtig gerade für Kinder mit Migrationshintergrund ein Ausbau des Ganztagsangebotes in Schulen, aber auch in vorschulischen Einrichtungen ist. Durch längere und intensivere Betreuungszeiten und entsprechende Angebote profitieren gerade solche Kinder und Jugendliche, deren Eltern nicht über ausreichende Ressourcen zur Förderung verfügen. Den Mitgliedern der AG ist sehr wohl bewusst, dass dies sowohl mit Kosten verbunden ist, als auch nicht allein im Verantwortungsbereich des Landkreises Darmstadt-Dieburg liegt.

Die Netzwerk AG 1 empfiehlt das Ganztagsangebot an Schulen weiter auszubauen. Wie bereits weiter oben ausgeführt, ist ein guter Anfang mit der "Hausaufgabenhilfe/ Integrationshilfe" gemacht, die von der VHS des Landkreises Darmstadt- Dieburg im Bereich der Grundschulen angeboten wird. Die ersten Erfahrungen sind sehr vielversprechend.

Dieses Angebot sollte unbedingt fortgeführt und auch an den weiterführenden Schulen angesiedelt werden.

Die Mitglieder der Netzwerk AG 2 empfehlen zum Erreichen der Leitlinien folgendes:

Die Mitglieder Netzwerk AG 2 beschäftigten sich mit den vorhandenen Angeboten in den Bereichen Ausbildung und Zugänge zum Arbeitsmarkt im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Dabei wurden mehrerer Erschwernisse bei den Zugängen offensichtlich. Zum einen sind die Schwierigkeiten bei der Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen in Deutschland eine große Barriere. Dies ist mittlerweile auf allen Politikebenen angekommen, leider haben auf der Handlungsebene diese Erkenntnisse noch zu keiner Veränderungen geführt. So ist es nach wie vor nahezu unmöglich Berufsabschlüsse aus Drittstaaten (nicht EU-Staaten) anerkannt zu bekommen. Bisher fehlen Qualifizierungsmodule, um die mitgebrachten Kenntnisse den bundesdeutschen Erfordernissen anzupassen. Andererseits sind die Zugänge zu Ausbildungsstellen für Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich schwieriger. Dies hängt sowohl mit den häufig schlechteren Schulabschlüssen, als auch mit der oftmals eingeschränkten Berufsauswahl und Vorbehalten der Ausbildungsbetriebe bei der Vergabe von Ausbildungsstellen an Jugendliche mit Migrationshintergrund zusammen.

Die so benannten schwierigeren Bedingungen für Migrantinnen und Migranten im Landkreis Darmstadt- Dieburg gilt es langfristig zu verbessern. Da einige der Rahmenbedingungen nicht auf Kreisebene zu beeinflussen sind (z.B. die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen) beziehen sich die vorliegenden Handlungsempfehlungen auf Maßnahmen, die auf Kreisebenen erfolgen können.

Alle Mitglieder sind sich einig, dass es notwendig ist, **die bestehenden Angebote im Bereich der Qualifizierung, Weiterbildung und Beratung für Ausbildungssuchende in einer Datenbank zusammenzufassen und diese fortlaufend zu aktualisieren**. So könnten Beratungsstellen einen schnellen Überblick für den Landkreis gewinnen und Jugendliche an die richtigen Stellen weiterleiten. Hierzu ist eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung innerhalb der Kreisverwaltung und gleichzeitig in den einzelnen Kommunen von großer Wichtigkeit. Diese Aufgabe könnte vom Integrationsbüro übernommen werden.

Des Weiteren sehen die Mitglieder der Arbeitsgruppe die Notwendigkeit bei der Wahrnehmung von Migrantinnen und Migranten einen Paradigmenwechsel zu vollziehen: **weg vom „Problem“ Migration hin zur „Ressource“ Migration**. Da dies ein langwieriger Prozess ist, der auch emotional vollzogen werden muss, entstand in der Gruppe die Idee eine **Medienkampagne „Aktion Vorbild“** zu starten. Diese soll Migrantinnen und Migranten im Landkreis porträtieren, denen eine erfolgreiche berufliche Integration gelungen ist. Diese Beispiele könnten sowohl als Vorbild für Jugendliche mit Migrationshintergrund dienen, als auch das Bild in der Öffentlichkeit über Menschen mit Migrationshintergrund positiv wenden. Dieser Vorschlag ist mittlerweile weiterverfolgt worden. Eine Mitarbeiterin des Integrationsbüros hat in Zusammenarbeit mit der Pressestelle des Landkreises Darmstadt-Dieburg Interviews mit Migrantinnen und Migranten durchgeführt. Drei davon wurden veröffentlicht. Für die Durchführung einer professionellen Medienkampagne werden allerdings finanzielle Mittel benötigt, die momentan nicht zur Verfügung stehen. Inhaltlich würde die Kampagne außer einer Plakatkampagne zudem noch eine Internetplattform beinhalten. Hier hätten die „Besucherinnen und Besucher“ die Möglichkeit über das Bildungs- und Ausbildungssystem zu informieren und sich Informationen über Zugänge und Voraussetzungen zu bestimmten Berufen bzw. Ausbildungsgängen zu beschaffen.

Als Teil des „OloV“ Projektes bleibt die Netzwerk AG 2 eingebunden in die Vernetzung der Akteure im Hessischen Ausbildungspakt. Dieses Projekt voranzubringen ist den Mitgliedern der AG 2 ein Anliegen.

Bei der Auswahl von Auszubildenden in der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg und bei den Verbundausbildungen regen die Mitglieder der Netzwerk AG 2 an, **verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund anzusprechen, um so einen Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung zu leisten . Durch die Erhöhung des Anteils an Auszubildenden mit Migrationshintergrund könnte der Landkreis Darmstadt-Dieburg ein Beispiel für andere Arbeitgeber sein.**

Die Mitglieder der Netzwerk AG 3 empfehlen zum Erreichen der Leitlinien folgendes:

Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Integration von Zugewanderten vor Ort in Wohnquartieren

Im Verlauf der vergangenen beiden Jahren haben sich die Mitglieder der Netzwerk AG im Besonderen mit der Wohnsituation von Migranten/-innen in verschiedenen Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg auseinandergesetzt. Hierbei gibt es, bedingt durch eine zahlenmäßig ungleichmäßige Ansiedlung von Zugewanderten, ein sehr differenziertes Bild. In Kommunen mit einem entsprechend höheren Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund kann eine verdichtete Ansiedlung in einzelnen Wohngebieten mit allen entsprechenden Schwierigkeiten beobachtet werden. Auf Grund von fehlenden Wohnraumbelegungskonzepten ziehen auch Migranten und Migrantinnen in frei werdenden günstigen Wohnraum nach, wodurch nach und nach Gebiete mit erhöhtem Entwicklungsbedarf entstehen.

Wenn es sich um sozialen Wohnraum handelt, sind entweder die Kommunen involviert oder Wohnungsbaugesellschaften.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich mit Konzepten zur Quartiersentwicklung unter Beteiligung von den dort Wohnenden – wie zum Beispiel dem Projekt „Soziale Stadt“-beschäftigt und versucht Handlungsempfehlungen zu formulieren, die auch solche Ansätze berücksichtigen.

In Quartieren mit erhöhtem Anteil an Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund **sollten Kommunikations- und Begegnungsorte geschaffen werden.** Durch entsprechende Angebote zum gegenseitigen Kennenlernen kann eine bessere Nachbarschaft und Verantwortungsbewusstsein für das Quartier geschaffen werden. Dies könnte neben **Stadteilfesten** auch **Gemeinschaftsräume mit gleichberechtigtem Zugang in Eigenverantwortung der Bewohnerinnen und Bewohner** sein.

Bei Veränderungen und Umgestaltungen des Quartiers sollten idealerweise immer die Interessen der dort Lebenden berücksichtigt werden. Dadurch kann auch gesellschaftliche Teilhabe der Zugewanderten gefördert werden. Zudem kann durch eine Gestaltung des Wohnumfeldes das Image des Quartiers aufgebessert werden und so freiwerdender Wohnraum für andere Bevölkerungsgruppen attraktiv werden.

Sofern Migrantenselbstorganisationen in den Kommunen vorhanden sind, sollten diese unbedingt als Gesprächspartner genutzt werden. Sie können dann in Konfliktsituationen als Vermittler fungieren.

Durch Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund könnten Kommunikationshürden zu Mieterinnen und Mietern abgebaut werden. Andererseits könnte durch die interkulturelle Sensibilisierung der Beschäftigten in Kommunen und Wohnbaugesellschaften so mancher Konflikt entschärft werden, der auf Fehlinterpretation von Verhalten basiert.

Die Mitglieder der Netzwerk AG 4 empfehlen zum Erreichen der Leitlinien folgendes:

Seit November 2007 hat sich der Landkreis Darmstadt-Dieburg in den „Leitlinien zur Integration von Migranten“ auch dazu verpflichtet, die Interkulturellen Öffnung der eigenen Verwaltung voran zu treiben, denn hier heißt es: „Integration ist eine wichtige Querschnittsaufgabe, die nachhaltig auch in Verwaltungen verankert werden muss.“

Damit hat sich der Landkreis auch Forderungen der KGSt und des Nationalen Integrationsplans zueigen gemacht. Vor der demographischen Entwicklung ist die interkulturelle Ausrichtung gerade auch von Verwaltungen eine quasi zwangsläufige Konsequenz. Auch im Landkreis mit seinen ca. 290 000 Einwohnerinnen und Einwohnern haben ca. 30 000 Menschen einen ausländischen Pass und etwa doppelt so viele einen Migrationshintergrund. Die Dienstleistungen einer öffentlichen Verwaltung sollten für alle Menschen zugänglich sein, d.h. die Angebote müssen bekannt, erreichbar und offen für alle sein.

Um dies zu gewährleisten ist eine interkulturelle Öffnung notwendig, denn Migranten finden nicht ohne weiteres Zugang zu den existierenden Angeboten. Ein cultural mainstreaming, was

alle Arbeitsabläufe, Angebote (Beratungen, Präventive Maßnahmen etc.) und Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dahingehend beleuchtet, ob auch die Kategorie „Kultur“ berücksichtigt wurde (vergleichbar der Kategorie „Geschlecht“ beim gender mainstreaming) ist das angestrebte Ziel.

Die hier formulierten Handlungsempfehlungen sollen dazu dienen, sich dieser Aufgabe zu nähern. Sie wurden von den Mitgliedern der Netzwerk AG 4 erarbeitet. Diese AG beschäftigt sich seit der 1. Integrationskonferenz regelmäßig mit dem Thema „Interkulturelle Öffnung von Institutionen“ und hat hier auch diverse Praxisbeispiele beleuchtet. Es hat sich bewährt,

die Interkulturelle Öffnung auf zwei Ebenen durchzuführen: die strukturelle Ebene und die professionelle Ebene, die sich nochmals in die Ebene der Personalentwicklung und Produktentwicklung unterteilen lässt.

1. Interkulturelle Öffnung der Kreisverwaltung auf der strukturellen Ebene

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe empfehlen die Einrichtung einer Steuerungsgruppe durch den Landrat. Sie sollte mit einem klaren Mandat und mit Entscheidungskompetenz ausgestattet sein. Damit sie arbeitsfähig ist, sollte sie aus 5 und maximal 7 Mitgliedern bestehen. Die Mitglieder sollten nach Ansicht der AG aus den folgenden Abteilungen ausgewählt werden:

- Behördenleitung oder Vertretung
- Personalbüro
- Integrationsbüro
- Hauptabteilung „Familie und Soziales“
- Ausländerbehörde
- Kreisagentur für Beschäftigung
- Geschäftsstelle des Ausländerbeirats
- Bürgerservice
- Personalrat

Die Steuerungsgruppe sollte folgende Aufgaben übernehmen:

- Entwicklung eines Konzeptes zur interkulturellen Öffnung der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg unter Einbeziehung der Arbeitsergebnisse

der Netzwerk-Arbeitsgruppe 4, die in diesem Fall die Aufgabe einer Resonanzgruppe erfüllen (Vorschläge und Rückmeldungen). Dieses Konzept sollte auch für die Kommunen nutzbar/übertragbar sein.

- Begleitung und Beratung des Prozesses der interkulturellen Öffnung
- Überwachung und Analyse der Schwachstellen
- Entwicklung und Fortschreibung von Integrationszielen und Maßnahmen
- Vorbereitung bzw. Entwicklung eines Personalentwicklungskonzeptes zur Qualifizierung des bestehenden Personals bzw. von Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Dies bedeutet auch die Einbeziehung einzelner Abteilungen bei der Entwicklung von abteilungsspezifischen Fortbildungen zur Ausbildung von interkultureller Kompetenz der Beschäftigten
- Systematische Bestandsaufnahme der bestehenden Angebote und deren Nachfrage bei Menschen mit Migrationshintergrund (z.B. untersuchen wie das Verhältnis von ambulanter/präventiver Angebote und stationärer Angebote in der Jugendhilfe aussieht in Bezug auf die Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund)
- Entwicklung einer Methode zur Überprüfung der Ergebnisse der erfolgten Maßnahmen (Monitoring und Controlling)

Die Einrichtung einer internen Steuerungsgruppe ermöglicht einerseits das Thema in der Verwaltung zu verankern und voranzutreiben. Und andererseits wird so für alle sichtbar, dass es sich um ein Thema handelt, das alle angeht. Bei der interkulturellen Öffnung einer Institution geht es immer auch um eine Haltungsänderung von Menschen, die nur langsam erfolgen und „von oben“ angestoßen werden muss. Die Steuerungsgruppe sollte deshalb sozusagen der „verlängerte Arm der Behördenleitung“ sein und mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet sein.

2. Interkulturelle Öffnung der Kreisverwaltung auf der professionellen Ebene

Neben den Maßnahmen auf der strukturellen Ebene der Verwaltung bedarf es auch Maßnahmen auf professioneller Ebene. Die beinhaltet einerseits die Weiterentwicklung der Produkte der Verwaltung (Dienstleistungen) und andererseits die Weiterqualifizierung des Personals. Hier kommt der Ansatz der Diversität zum tragen, der sich auch in der „Charta der

Vielfalt“ ausdrückt (der Landkreis ist im Jahre 2008 beigetreten). Denn hier geht es darum die Potenziale der Beschäftigten zu würdigen und ihnen die Gelegenheit zu geben, diese bei ihrer Arbeit einzubringen.

Dazu gehören:

- Hausinterne Erhebungen zur Feststellung der Kompetenzen der Beschäftigten, dies sind insbesondere Migrationshintergrund, Auslandserfahrungen, Fremdsprachenkenntnisse, bereits erfolgte Fort- und Weiterbildungen im Bereich „Interkulturelle Kompetenz“
- Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Beispielsweise könnten hier gezielte Personalgewinnungskampagnen initiiert werden, um bei den Auszubildenden mehr Jugendliche mit Migrationsgeschichte für den Öffentlichen Dienst zu gewinnen.
- Bereits vorhandene Potenziale von Beschäftigten erkennen und nutzen. So sollte beispielsweise ein „Dolmetscherpool „ aufgebaut werden. In diesem wären alle Bediensteten mit Sprachkenntnissen registriert, die bereit sind, auf freiwilliger Basis nach vorher festgelegten Kriterien ihre Fähigkeiten für dienstliche Zwecke einzubringen.

Qualifizierung des Personals:

- entsprechende Fortbildungen auf der Ebenen der Wissensvermittlung verbindlich für Abteilungen anbieten. Dabei sollten die spezifischen Erfordernisse der jeweiligen Abteilung vor der Fortbildung mit der Abteilung erarbeitet werden.
- Länderspezifische Informationen zum besseren Verständnis bestimmter Verhaltensweisen.
- Interkulturelle Sensibilisierung der Beschäftigten stärken, durch entsprechende Fortbildungen. Hier geht es darum, die eigene kulturelle Prägung zu reflektieren, um mehr Empathie in interkulturellen Situationen zu entwickeln.
- Eine Haltungsänderung bei den Beschäftigten herbeizuführen. Weg vom Bewusstsein, des „Problems Zuwanderung“ hin zu „Ressource Zuwanderung“.

Überprüfung und Anpassung des bestehenden Angebots:

- hierbei geht es darum, dass alle Dienstleistungen des Hauses dahingehend überprüft werden, ob sie interkulturellen Anforderungen genügen. D.h. beispielsweise eine

- Beratungsangebot im Bereich der Jugendhilfe wird zunächst dahingehend überprüft, ob es auch von Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen wird. Wenn nicht muss überlegt werden, woran dies liegen kann (Erreichbarkeit, Angebotsstruktur etc.)
- Anpassung bzw. Veränderung des Angebots

Viele der beschriebenen und empfohlenen Handlungsempfehlungen sind ohne direkte Kosten umsetzbar. Dennoch sind mit der interkulturellen Öffnung (vor allem mit der Qualifizierung des Personals) auch Kosten verbunden. In Anbetracht der veränderten gesellschaftlichen Situation – auch im Landkreis- mit ca. 20% Einwohnern/-innen mit Migrationshintergrund (bei steigender Tendenz) ist eine veränderte Verwaltung aber unerlässlich. Wenn es gelingt die Regelangebote so zu gestalten, dass es alle Menschen erreicht, können anderweitige Folgekosten vermieden werden.

Anlage:

Mitglieder der einzelnen Arbeitsgruppen der Integrationskonferenz:

Sylvia Abel (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)

Monika Abendschein (Leiterin der Abt. Chancengleichheit des Landkreises DA-DI)

Yousef Adam (Islamische Gemeinde Darmstadt und Umgebung)

Yücel Akdeniz (Fachstelle Jugendberufshilfe)

Sharifa Badran (Islamische Gemeinde Darmstadt und Umgebung)

George Bal (Vorsitzender des Kreisausländerbeirates)

Thomas Beder (Ev. Dekanat Bergstraße)

Luigi Beltempo (Fachstelle Jugendberufshilfe)

Alexandra Besserer (Diakonisches Werk)

Susanne Brunnengräber (Zentrum für schulische Erziehungshilfe, Babenhausen)

Edgar Buchwald (Bürgermeister der Stadt Groß-Bieberau)

Angelika Dahms (SPD-Kreistagsfraktion)

Hanneliese Einloft-Achenbach (Internationaler Bund)

Maria-Antonia Estol (Caritasverband Darmstadt e.V.)

Nara Faul (Caritasverband Darmstadt e.V.)

Katja Gärtner (Integrationsbüro des Landkreises Darmstadt-Dieburg)

Uwe Gärtner (Personalabteilung des Landkreises Darmstadt-Dieburg)

Rainer Geiß (Ausländerbehörde des Landkreises Darmstadt-Dieburg)

Martina Goßmann (Staatliches Schulamt Darmstadt)

Linda Greulich (IB- Jugendmigrationsdienst)

Jutta Habermann (Integrationsbüro des Landkreises Darmstadt- Dieburg)

Sabine Hahn (Integrationsbüro des Landkreises Darmstadt- Dieburg)

Dietmar Hartmann (Gemeinde Otzberg)

Sandra Hartmann (Integrationsbüro des Landkreises Darmstadt- Dieburg)

Obed Hassler (Kreisagentur für Beschäftigung des Landkreises Darmstadt-Dieburg)

Hedi Herrmann (Projekt „Fit for Job“)

Daniela-Maike Hirsch (Kinder- und Jugendförderung des Landkreises Darmstadt- Dieburg)

Henny Jünger (Integrationsbüro des Landkreises Darmstadt-Dieburg)

Beate Kaiser (Volkshochschule des Landkreises Darmstadt-Dieburg)

Murat Karaaslan (Ausländerbeirat Groß-Umstadt)

Norbert Kilian (Leiter der Ausländerbehörde des Landkreises Darmstadt-Dieburg)

Evelyn Klemt (Familienförderung/Kita-Fachberatung des Landkreises Darmstadt-Dieburg)
Thomas Koch (Leiter des Integrationsbüros des Landkreises Darmstadt-Dieburg)
Barbara Ludwig (DGB/GEW)
Fortuna Marx (Volkshochschule des Landkreises Darmstadt-Dieburg)
Marina Metz (SKA e.V., Darmstadt)
Daniel Neumann (Jüdische Gemeinde Hessen)
Moritz Neumann (Jüdische Gemeinde Hessen)
Nicole Nowak (Demenzservicezentrum Groß-Zimmern)
Jens Pfeiffer (Stadt Groß-Umstadt)
Kerstin Rau (Privat)
Ulrich Rauch (Büro für Senioren und Sozialplanung des Landkreises Darmstadt-Dieburg)
Andreas Rinnenbach (Abt. Wirtschaft, Standortentwicklung, Bürgerservice LK DA-DI)
Horst Risch (Stadt Weiterstadt)
Volker Sallwey (Kreisagentur für Beschäftigung des Landkreises Darmstadt-Dieburg)
Hans-Jürgen Schickedanz (Stadt Griesheim)
Klaus Schöning (Ausländerbehörde des Landkreises Darmstadt- Dieburg)
Angelika Seidler (Mehrgenerationenhaus Groß-Zimmern)
Murat Serin (Ausländerbeirat Reinheim)
Mehti Simsek (Luisen Bildungsverein)
Inge-Sigrid Slabon (F.D.P. Fraktion im Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg)
Despina Spanidou (Geschäftsführung Kreisausländerbeirat)
Angelika Steberl (Ausländerbeirat Reinheim)
Annie Steinhaus (Ausländerbeirat Babenhausen)
Werner Stoklossa (Ev. Dekanat Vorderer Odenwald)
Petra Strübel-Yilmaz (SKA e.V., Darmstadt)
Dr. Werner Thomas (Bürgermeister der Stadt Dieburg)
Hasan Tatligün (Polizeipräsidium Südhessen)
Detlef Voigt (KfB Pate)
Hannelore Walz-Kirschbaum (Stadt Reinheim)
Gerda Weiser (Kinder- und Jugendförderung des Landkreis Darmstadt-Dieburg)
Simone Weiser (Kinder- und Jugendförderung des Landkreis Darmstadt-Dieburg)
Klaus Weiss (Schulentwicklung des Landkreises Darmstadt- Dieburg)
Uschi Wilbert (IB- Jugendmigrationsdienst)
Jürgen Zachmann (Ev. Dekanat Darmstadt-Land)

Carmen Zimmer (Integrationsbüro des Landkreises Darmstadt-Dieburg)

Tanja Zimmermann (Gemeinde Seeheim-Jugenheim)

Anke Zöllner (Leiterin Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung des Landkreises DA-DI)